

## A n t w o r t

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp, Michael Hüttner, Lana Horstmann, Dr. Anna Köbberling und Dr. Katrin Rehak-Nitsche (SPD)  
– Drucksache 18/6356 –

### Evaluationsbericht zur Gemeindegewinnung<sup>plus</sup>

Die Kleine Anfrage – Drucksache 18/6356 – vom 10. Mai 2023 hat folgenden Wortlaut:

Zum Landesprogramm Gemeindegewinnung<sup>plus</sup>, das im Jahr 2015 als Beratungsangebot für hochbetagte Seniorinnen und Senioren ins Leben gerufen wurde, ist kürzlich der zweite Evaluationsbericht veröffentlicht worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche zentralen Erkenntnisse liefert der Bericht insbesondere mit Blick auf das von der Landesregierung formulierte Ziel der Bekämpfung von Einsamkeit bei hochbetagten Menschen?
2. Welche Bedarfe haben die älteren Menschen darüber hinaus besonders häufig formuliert, und wie konnten die Gemeindegewinnung<sup>plus</sup> dabei unterstützen?
3. Inwieweit ist es gelungen, die Gemeindegewinnung<sup>plus</sup> in die jeweiligen kommunalen Strukturen und Prozesse zu integrieren, auch vor dem Hintergrund örtlicher Besonderheiten?
4. Wie können Personengruppen besser erreicht werden, die die Angebote bislang noch zurückhaltend wahrnehmen, insbesondere Männer sowie Personen mit Migrationshintergrund?

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.



**E: 16.05.2023**  
**18/6404**

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung  
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Präsident des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

**DER MINISTER**

Bauhofstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2452  
Mail: [poststelle@mastd.rlp.de](mailto:poststelle@mastd.rlp.de)  
[www.mastd.rlp.de](http://www.mastd.rlp.de)

16. Mai 2023

nachrichtlich:

Staatskanzlei  
55116 Mainz

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp, Michael Hüttner, Lana Horstmann, Dr. Anna Köbberling, Dr. Katrin Rehak-Nitsche (SPD)  
betr. Evaluationsbericht zu „Gemeindeschwester<sup>plus</sup>“  
- Drucksache 18/6356 -**

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1.:

21,8 Prozent der Befragten gaben an, sich einsam zu fühlen. 30,3 Prozent der Befragten gaben an, sich gemeldet zu haben, um mit Gleichgesinnten in Kontakt zu kommen. Die befragten Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> nannten zu 65,9 Prozent Einsamkeit als Beratungsthema und zu 31,7 Prozent Soziale Integration/Austausch. Die Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> haben darauf reagiert und zu 58,5 Prozent Maßnahmen beziehungsweise Angebote gegen Vereinsamung und zu 31,7 Prozent Maßnahmen beziehungsweise Angebote zur Steigerung der Teilhabemöglichkeiten initiiert. Es hat sich gezeigt, dass die Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> auch unter den erschwerten Bedingungen der COVID-19-Pandemie den Zugang zur Zielgruppe sicherstellen konnten und die Bedürfnisse der Hochbetagten schnell erkennen und zeitnah agieren können.



Die befragten Hochbetagten äußerten, dass sie durch die Fachkraft Gemeindeschwester<sup>plus</sup> eine Gesprächs- und Ansprechpartnerin hatten, sei eine positive Erfahrung gewesen. Einige der Befragten sagten, dass sich durch die Betreuung der Fachkraft Gemeindeschwester<sup>plus</sup> das eigene Wohlbefinden verbessert habe. Dabei geholfen habe die Kompetenz und Empathie der Fachkraft Gemeindeschwester<sup>plus</sup>.

Aus Sicht der Landesregierung ist „Gemeindeschwester<sup>plus</sup>“ ein starkes Angebot gegen Einsamkeit.

### Zu 2.:

Zu den Gründen, am Angebot Gemeindeschwester<sup>plus</sup> teilzunehmen, gaben 86,3 Prozent der Befragten an, so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung leben zu wollen. 55,3 Prozent gaben den Wunsch an, zu Alltagsfragen informiert und beraten zu werden. Die befragten Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> nannten zu 82,9 Prozent hauswirtschaftliche/pflegerische Versorgung als Beratungsthema, zu 48,8 Prozent Notrufsysteme und zu 46,3 Prozent Mobilität. Zu jeweils 39 Prozent berieten sie zur Vermittlung von Hilfeangeboten und zur gesundheitlichen Situation und zu 26,8 Prozent zur Wohnsituation. In der Konsequenz haben sie zu 34,1 Prozent Maßnahmen beziehungsweise Angebote zur Unterstützung im Alltag und zu 17,1 Prozent Maßnahmen beziehungsweise Angebote zur Verbesserung der Transportmöglichkeiten initiiert. Da sich der Wunsch, möglichst lange in der gewohnten Umgebung zu leben, am besten verwirklichen lässt, wenn hochbetagte Menschen noch körperlich agil sind, haben die Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> zu 73,2 Prozent Maßnahmen beziehungsweise Angebote zur Bewegungsförderung initiiert, zum Beispiel Plauderspaziergänge oder Rollatoren-Spaziergänge.

Das Ergebnis zeigt, dass die Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> die Unterstützungs- und Beratungsbedarfe der Zielgruppe bedienen können. Eine deutliche Mehrheit der Befragten war sehr zufrieden mit dem Angebot der Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> (85,5 Prozent) und empfand das Angebot der Fachkraft Gemeindeschwester<sup>plus</sup> rückblickend als sehr hilfreich (70,1 Prozent).



Zu 3.:

Die Evaluation hat gezeigt, dass sich die Fachkräfte Gemeindeschwester<sup>plus</sup> trotz der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie in den letzten Jahren gut in die kommunalen Strukturen integriert haben. Ein Gelingensfaktor ist eine sehr gute Zusammenarbeit der Akteure vor Ort. Es wurde deutlich, dass die Anstellungsträgerschaft in der Kommune als förderlicher Faktor für die gelungene Implementierung gesehen werden kann. Die kommunale Anbindung bewirkt bei der Zielgruppe der Hochbetagten, dass Gemeindeschwester<sup>plus</sup> als seriöses Beratungsangebot wahrgenommen wird, dem man Vertrauen entgegenbringen kann und das Beratungsneutralität und Beratungsobjektivität gewährleistet.

Zu 4.:

Um „Gemeindeschwester<sup>plus</sup>“ inhaltlich noch passgenauer ausrichten zu können, sollten die Planung und konzeptionelle Ausgestaltung der Angebote stets in enger Abstimmung mit der kommunalen Pflegestrukturplanung erfolgen. Wo es notwendig erscheint, sollten Angebote für Männer und Personen mit Migrationshintergrund initiiert werden, da diese über die vorhandenen Zugangswege weniger gut erreicht wurden. Dazu könnte der Kontakt in die Communities der Migrantinnen und Migranten, zu Heimatvereinen, Männersportgruppen oder sogenannten Repair-Cafés gesucht werden. Ergänzend könnte in Zusammenarbeit mit einem männlichen Seniorenbeauftragten oder durch die Etablierung einer männlichen Fachkraft Gemeindeschwester<sup>plus</sup> eine gezielte Ansprache von männlichen Hochbetagten erfolgen. Durch mehrsprachiges Informationsmaterial oder durch die gezielte Einstellung einer Fachkraft mit Migrationshintergrund, die beispielsweise polnisch, italienisch, türkisch oder arabisch spricht, könnte die Ansprache von Personen mit Migrationshintergrund erleichtert werden. Solche Möglichkeiten der Ansprache und der Initiierung von Angeboten könnten im Rahmen einer regionalen Pflegekonferenz eruiert werden.

Alexander Schweitzer